

KAPSCHACK DIREKT

NEWSLETTER IHRES BUNDESTAGSAGBEORDNETEN
RALF KAPSCHACK



Inhalt

- Guten Tag S. 1
- Und jetzt, SPD? S. 2
- #SPDerneuern S. 3
- Kaum Soziales bei Jamaika S. 4
- Einwanderungsgesetz S. 5
- Arbeitsplätze Thyssen S. 6
- Von Tür zu Tür S. 7
- Unterwegs S. 8

Ausgabe 34 (11/2017)



Guten Tag,

wenn Liberale von Verantwortung reden, ist höchste Vorsicht geboten. Jüngstes Beispiel: das Scheitern der Jamaika-Gespräche. Dabei hat das Polit-Model Lindner CDU/CSU und Grüne in einer beispiellosen Inszenierung auflaufen lassen. Er wollte mit der FDP von Beginn an gar nicht in die Regierung.

Die SPD wurde von dem Ende der Jamaika-Träume kalt erwischt, zugegeben. Die Partei hatte sich nach dem Wahldebakel am 24. September völlig zurecht festgelegt, in die Opposition zu gehen. Dann scheiterte Jamaika und der Bundespräsident rief die demokratischen Parteien auf, alle Möglichkeiten einer Regierungsbildung miteinander zu diskutieren.

Dem kann sich die SPD nicht entziehen. Trotzdem sprechen weiterhin gravierende Gründe gegen die Neuauflage einer großen Koalition. Die jüngste Schweinerei in Sachen Glyphosat ist auch nicht gerade eine Motivation in Richtung Groko.

Deshalb gibt es keinen Automatismus in diese Richtung, aber auch keinen in Richtung Neuwahlen. Dazwischen gibt es noch diverse (Denk-) Möglichkeiten. Neuwahlen jedenfalls könnten ja durchaus zu einem ähnlichen Ergebnis führen wie im September, unter Umständen mit einer gestärkten AfD. Für uns stehen Themen im Mittelpunkt von Gesprächen. Themen, die Menschen in unserem Land bewegen: Arbeit, Bildung, Rente, Zuwanderung ...

Daran werden wir entscheiden, ob und in welcher Form eine Zusammenarbeit möglich ist.

Das Polit-Model vom Schwarz-Weiß-Plakat hat weitere Gespräche zu Jamaika jetzt und grundsätzlich auch nach Neuwahlen ausgeschlossen. Soweit zur Verantwortung.

R. Kapschack



Und jetzt, SPD?

Bereits vor der Wahl im September hatte ich mich gegen eine Fortsetzung der großen Koalition ausgesprochen. Die Gründe für diese Position sind nach wie vor gewichtig: Zum einen scheint der Vorrat an Gemeinsamkeiten mit der CDU/CSU erschöpft, daneben gibt es in der SPD eine breite Ablehnung der Fortsetzung/Neuaufgabe der GroKo. Nicht zuletzt würde der Eintritt der SPD in eine Regierung der rechtspopulistischen AfD die Führung der Opposition überlassen – ein schwer erträglicher Gedanke.

Nach dem Scheitern der Jamaika-Sondierungsgespräche wird die SPD nun wieder öffentlich auf ihre Verantwortung dem Land gegenüber hingewiesen. Warum der Lindner-FDP nicht im gleichen Maße eine solche Verantwortung auferlegt wird, ist mir allerdings schleierhaft. Vom Scheitern des Merkel-schen Politikmodells redet kaum jemand. Dabei hat die Noch-Kanzlerin durch ihre Verhandlungsführung das Scheitern der Gespräche mit verursacht. Nun soll es also die SPD wieder richten. Der billige Jakob für „Mutti Merkel“ wird die deutsche Sozialdemokratie aber sicher nicht sein. Den vom Bundespräsidenten angemahnten Gesprächen können wir uns allerdings nicht verweigern. Das ist klar.

Der NRW-SPD Vorsitzende Michael Groschek und die Generalsekretärin Svenja Schulze bringen es in einem [Brief](#) an Andrea Nahles und Martin Schulz auf den Punkt. Verantwortungsbewusstes Handeln seitens der SPD bedeutet nicht ausschließlich eine Neuaufgabe der GroKo. Die vergangenen Wahlen in Österreich zeigen, dass ein ewig wählender Ausnahmezustand „GroKo“ nur die politisch extremen Ränder stärkt.

In dem Brief werden sechs Punkte genannt, die eine notwendige Grundlage für mögliche Sondierungsgespräche bilden sollten. Sichere

Arbeit und gute Löhne wollen wir durch die Abschaffung von sachgrundloser Befristung, stärkerer Tarifbindung, einem Rückkehrrecht in Vollzeit und Entgeltgleichheit für Männer und Frauen, weitere Verbesserungen für LeiharbeiterInnen und Beschäftigte in Werkverträgen.



Der NRW-SPD Vorsitzende Michael Groschek und die Generalsekretärin Svenja Schulze haben eine klare Meinung zu einer Neuaufgabe der GroKo.

(Bildquelle: NRW SPD)

Bei der Rente muss die Lebensleistung anerkannt und das Rentenniveau mittelfristig wieder auf 50 Prozent angehoben werden. Untere und mittlere Einkommen, sowie Familien wollen wir steuerlich entlasten, indem wir hohe und sehr hohe Einkommen und Erbschaften stärker besteuern. Dadurch sollte ein zusätzlicher zweistelliger Milliardenbetrag mobilisiert werden, den wir für Bildung, Kommunen und sozialen Wohnungsbau nutzen wollen. Ganz wichtig ist uns die Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin durch die Einrichtung einer paritätisch finanzierten allgemeinen Bürger-versicherung. Pflegeberufe müssen jetzt und schnell aufgewertet und besser entlohnt werden. Bei der Migrationspolitik pochen wir auf der einen

Auf der nächsten Seite geht es weiter ...



... Fortsetzung von Seite 2

Seite auf Asyl als Grundrecht, stellen uns entschlossen gegen die Einführung jeglicher Obergrenzen und sehen den Familiennachzug von subsidiär Schutzberechtigten als einen wichtigen Schritt hin zu ihrer Integration in Deutschland. Auf der anderen Seite fordern wir ein Einwanderungsgesetz, das Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen, einen geregelten Rahmen und klare Voraussetzungen für ihre Einreise und ihren Arbeitsaufenthalt bieten.

Darüber hinaus ist uns ein soziales Europa wichtig, das soziale Mindeststandards sichert und Lohn- und Sozialdumping unterbindet.

Diese Forderungen sind alle nicht neu, aber wichtig, denn ihre Umsetzung würde den Alltag vieler Menschen in Deutschland verbessern.

Ein weiteres Mal werden wir uns nicht an einer Regierung beteiligen, wenn nicht sicher ist, dass diese Punkte umgesetzt werden.

#SPDerneuern

Am 18. November war ich bei der „#SPDerneuern“-Veranstaltung in Castrop-Rauxel. Nach dem Desaster bei der Bundestagswahl war klar, dass sich die SPD neu aufstellen muss. Denn wir haben es, trotz eines guten Wahlprogramms und wichtiger politischer Initiativen aus unserer Feder, nicht geschafft genügend Menschen von unserer Politik zu überzeugen. Eine Neuaufstellung der SPD darf aber nicht nur durch die Parteispitze organisiert werden, sondern muss vor allem von unseren Mitgliedern ausgehen. Deshalb habe ich mich gefreut, dass sich in Castrop-Rauxel so viele engagierte Genossinnen und Genossen zusammengefunden und diskutiert haben, was für diese Neuaufstellung notwendig ist.

Das Ergebnis war: Wir müssen es schaffen die „großen Linien“ unserer Politik stärker herauszuarbeiten. Unsere Zukunftsvisionen sollten zugespitzt und klar formuliert sein, so dass die Menschen auf der Straße eindeutig wissen, wofür die SPD steht – und wofür nicht. Die Parteispitze und die Mitglieder der Bundestagsfraktion sollen noch mehr zuhören, diskutieren. Der Streit um den besseren Weg, die bessere Idee, ist Kern der demokratischen Debatte

auch in einer Partei – kein Zeichen von Schwäche, sondern eine Notwendigkeit.



Martin Schulz suchte das Gespräch mit Parteimitgliedern in Castrop-Rauxel. (Bildquelle: hardcopy-press.de)

Wir sollten ähnliche Dialogveranstaltungen auch mit Bürgerinnen und Bürgern fortsetzen. Gleichzeitig so der Tenor in Castrop-Rauxel, sollten wir uns noch stärker um die Themen „Arbeit“ und „Bildung“ zu kümmern. Diese Forderung nehme ich gerne für meine politische Arbeit in Berlin und im Wahlkreis mit. Wer nicht an der Dialogveranstaltung teilnehmen konnte, kann mir seine Anregungen gerne jeder Zeit zukommen lassen (z.B. via E-Mail unter ralf.kapschack@bundestag.de) oder sie bei der nächsten Gelegenheit vor Ort mit mir diskutieren.



Kaum Soziales bei Jamaika

Woran die Sondierungsgespräche letztendlich scheiterten, lässt sich nun gar nicht mit Gewissheit sagen. Zum einen schien die Lindner-Partei mit harten Forderungen bei der Obergrenze und dem Familiennachzug selbst die CSU rechts überholen zu wollen. Für eine angeblich liberale Partei ist das ein starkes Stück. Dann hieß es aus FDP-Kreisen, ihre Forderungen zur Abschaffung des Soli seien nicht berücksichtigt worden – Union und Grüne beteuern das Gegenteil. Am Ende behaupteten die „Liberalen“, ihnen fehle das Vertrauen in die vermeintlichen Regierungspartner.

Sicher scheint jedoch, am Bereich Arbeitsmarkt und Sozialpolitik wird es nicht gelegen haben. Dieses Themenfeld kam nämlich kaum vor, wie aus einem entsprechenden Papier aus den Sondierungsgesprächen hervorgeht.

Beim Thema Rente versprachen sich die Sondierungspartner nach dem Motto „Wenn du nicht mehr weiter weißt, bilde einen Arbeitskreis“ vorzugehen. So sollte eine Rentenkommission mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Sozialpartnern bis 2019 feststellen, ob bei der Rente bis 2030 Handlungsbedarf bestünde. Für uns stellt sich die Frage nicht. Wir müssen jetzt etwas unternehmen, um das Rentenniveau zu stabilisieren und mittelfristig wieder anwachsen zu lassen.

Interessant ist die Forderung nach einer gezielten Förderung von Langzeitarbeitslosen, die über Tätigkeiten auf einem sogenannten „dritten Arbeitsmarkt“ wieder an die Arbeitswelt hinan geführt werden sollen. Dem sogenannten Passiv-Aktiv-Tausch, also den Einsatz der Mittel für Grundsicherung und Unterkunft für die Schaffung von Beschäftigung, hatte sich die Union noch bis zum 24. September dieses Jahres verweigert. Mehrfache Vorstöße der SPD in der vergangenen Wahlperiode blieben deshalb erfolglos.

Es entbehrt deshalb nicht einer gewissen Ironie, wenn die Union nun von der SPD fordert, das Land vor die Partei zu stellen. Dies nachdem sie offensichtlich wahltaktische Überlegungen vor die Interessen von Langzeitarbeitslosen stellte.



Andrea Nahles war Ministerin für Arbeit und Soziales und ist nun die Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion.

(Bildquelle: spdfraktion.de (Susie Knoll / Florian Jänicke))

Dies sind einige der Forderungen, die wir für zentral halten – ob bei möglichen Sondierungsgesprächen, Neuwahlen oder bei der Tolerierung einer Minderheitsregierung. Auch die Bürgerversicherung darf nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden. Wir brauchen sie jetzt!

Sachgrundlos befristete Arbeitsverträge gehören abgeschafft und nicht allein deren Missbrauch, wie in dem Sondierungspapier festgehalten, bekämpft. Das hat etwas mit Planungssicherheit für Menschen zu tun, mit Gerechtigkeit und mit Würde. Diese Werte sind weiterhin der Maßstab, an dem sich Entscheidungen unserer Partei messen lassen müssen.



Neuer Anlauf für ein Einwanderungsgesetz

Der Fachkräftemonitor der IHK stellt nicht nur für NRW, sondern auch für das mittlere Ruhrgebiet und damit auch für die Städte in meinem Wahlkreis bereits jetzt fest, dass in vielen Branchen Fachkräfte fehlen. Die Entwicklung wird sich weiter fortsetzen, wenn es keine Gegenstrategien gibt. Um dieser Herausforderung zu begegnen gilt es zu allererst einmal, alle bereits hier lebenden Arbeitskräfte besser zu mobilisieren und bei Bedarf weiter zu qualifizieren. Vertraut man den seit Jahren debattierten statistischen Vorausrechnungen, reicht aber aus das nicht aus, um beim Thema Fachkräftemangel Abhilfe zu schaffen.

Gleichzeitig sind im Rahmen der Fluchtbewegungen der letzten Jahre auch immer wieder Menschen zugewandert, um eine Arbeit aufzunehmen. Viele von ihnen suchten den Weg über das Asylverfahren, allerdings ohne Erfolg. Daraus folgt eine Überlastung der Asylverfahren und gleichzeitig erhalten viele Menschen mit guten Qualifikationen am Ende des Tages kein Asyl – obwohl sie angesichts des Fachkräftemangels dringend gebraucht werden. Es handelt sich für diese Gruppe schlichtweg um den falschen Zugangsweg.

Die SPD Bundestagsfraktion hat bereits in der zurückliegenden Großen Koalition ein Einwanderungsgesetz erarbeitet, um hier Abhilfe zu schaffen. Wie auch viele andere dringend benötigte Initiativen ist auch diese am Widerstand der Union gescheitert. Der Bedarf nach Neuregelungen besteht also nach wie vor. Obwohl die geplatzten „Jamaika“-Sondierungen in der vergangenen Woche andere wichtige Themen in den Schatten gestellt haben, war es wichtig, dass wir unseren Entwurf für ein Einwanderungsgesetz erneut in den Deutschen Bundestag eingebracht haben. Dies ist ein erster wichtiger Schritt zu einem umfänglichen Migrationskonzept, das neben der Steuerung von Einwanderung auch aus der Bekämpfung der Fluch-

tursachen sowie eine besseren Integration bestehen muss. Das geltende Asylrecht bleibt von diesem Vorschlag unberührt. Deutschland muss seine humanitäre und rechtliche Verpflichtung gegenüber Schutzsuchenden und politisch Verfolgten erfüllen.



Bereits in der vergangenen Wahlperiode hat die SPD-Bundestagsfraktion unter der Federführung von Eva Högl (m.) den Entwurf für ein Einwanderungsgesetz erarbeitet.

(Bildquelle: Andreas Amann)

Gleichzeitig sind wir auch zukünftig auf die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte angewiesen. Hier setzt unser Einwanderungsgesetz an: Abhängig von der Lage auf dem Arbeitsmarkt soll der Bundestag jährlich neu festlegen, wie viele Fachkräfte, nach einem Punktesystem nach kanadischem Vorbild, aus Ländern außerhalb der EU nach Deutschland kommen können. Es ist höchste Zeit, dass die Diskussion um Einwanderung endlich realistisch und ohne Ressentiments geführt wird. Stimmen vom rechten Rand unseres Parlaments, dass hierdurch die ungesteuerte Migration und ein Asylmissbrauch gefördert werden, zeigen, dass sich die betreffenden Abgeordneten nicht mit dem Gesetzesentwurf befasst haben, denn dieser zielt genau auf das Gegenteil ab. Er ist eine Antwort auf den Fachkräftemangel aber auch ein Weg, der Menschen, die bisher über den „Asylweg“ eingereist sind und damit keine Chance auf eine Aufenthaltsgenehmigung und die Aufnahme einer Beschäftigung hatten, realistischere Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt aufzuzeigen.



Solidarität mit Stahlkochern

Die Nachricht war ein Schlag ins Gesicht für die Beschäftigten von Thyssenkrupp: Der Stahlriese hatte am 20. September angekündigt, mit dem indischen Konzern Tata fusionieren zu wollen. Tausende Arbeitsplätze stehen damit auf dem Spiel – und das würde auch viele Familien in unserer Region, bei uns im EN-Kreis betreffen. Um es klar zu sagen: Das wäre eine Katastrophe!

Am 22. September hatte ich darum gemeinsam mit der Landtagsabgeordneten Dr. Nadja Büteführ an der Thyssen-Demo in Bochum teilgenommen. Wir wollten unsere Solidarität zum Ausdruck bringen. Doch natürlich weiß ich auch: Das alleine reicht nicht. Darum finde ich den Vorstoß der SPD-Bundestagsfraktion nun richtig, Druck auf die Bundes- und die CDU-geführte Landesregierung zu machen. In einem Antrag stellen wir klar, dass wir alle politischen Hebel in Gang setzen müssen, um die Stahlstandorte und damit tausende Arbeitsplätze der Beschäftigten in Deutschland zu sichern. Außerdem ist der SPD-Fraktion wichtig, dass die

Mitbestimmungsregeln wie die Montanmitbestimmung gewahrt bleiben.



Ich war mit unserer SPD-Landtagsabgeordneten Dr. Nadja Büteführ bei der Demonstration in Bochum aus Solidarität mit den Thyssen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Die Stahlbranche hat eine enorme Bedeutung – für die deutsche Wirtschaft, aber auch für die deutsche Geschichte insgesamt. Besonders unsere Region ist geprägt von den „Stahlkochern“. Ihr Arbeitsplatz sichert sechs weitere in anderen Branchen. Für die SPD ist und bleibt klar: Wir werden die Beschäftigten nicht im Stich lassen!



Auch der letzten Besuchergruppe in diesem Jahr hat der Aufenthalt in Berlin sehr gefallen. Neben einem Gespräch mit mir und einem Besuch im Deutschen Bundestag standen andere politisch spannende Termine auf dem Programm. Wer Interesse an einer solchen Fahrt hat, kann sich gerne in meinen Wahlkreisbüros melden.

(Bildquelle: Bundesregierung / Dragan Film)



Von Tür zu Tür, auch nach der Wahl

Klingeling, hier ist Ihr Bundestagsabgeordneter! In den letzten Wochen war ich öfter Überraschungsgast an der Haustür bei Bürgerinnen und Bürgern in meinem Wahlkreis. Ich werde auch nach der Bundestagswahl – wie angekündigt – verstärkt Hausbesuche machen, um noch mehr direkt ins Gespräch zu kommen mit den Menschen. Immer mit dabei: ein örtliches SPD-Mitglied. Denn oft brennen den Leuten lokale Themen unter den Nägeln – von der Mülltonne, die nicht geleert wird, bis zur fehlenden Busverbindung.

Ins Gespräch zu kommen, war auch in den vergangenen Jahren ein großes Anliegen von mir. Ich habe sehr viele Einrichtungen, Organisationen und Betriebe besucht und viele tolle Menschen kennengelernt. Viele Bürgerinnen und Bürger waren auch zu Besuch in meinem Wahlkreisbüro, um mir ihre Anliegen zu schildern: Arbeitslosigkeit, Sorgen um eine kleine Rente, Fragen rund um das Thema Asyl, und viele mehr. Nicht immer konnte ich ihre Probleme lösen, oft aber einen wichtigen Tipp geben.

Ich musste feststellen, dass es eine zunehmende Entfremdung der Bürger von „der Politik“ gibt – der Einzug der AfD in den Bundestag ist ein bitterer Beleg dafür. Das ist auch der Grund, warum ich nun noch mehr, und zwar direkt, ins Gespräch kommen will mit den Menschen. Neben den Hausbesuchen

werde ich regelmäßig die Märkte in meinem Wahlkreis besuchen und monatlich in Hattingen und Witten eine Bürgersprechstunde anbieten. Die Termine werden zeitnah auf meiner Internet- und meiner Facebookseite sowie in den örtlichen Zeitungen veröffentlicht.



Unterwegs zu Hausbesuchen mit Christel Humme, meiner Vorgängerin. Die Begegnung mit den Menschen in meinem Wahlkreis ist mir sehr wichtig.

Die ersten festen Sprechstundetermine zeigen mir: Viele Bürger wünschen sich den direkten Kontakt zu Ihrem Bundestagsabgeordneten, ein regelmäßiges Gesprächsangebot kommt an und trifft den Nerv.

Ich freue mich auf die nächsten Begegnungen – ob in meinem Büro, auf dem Markt oder an der Haustür!



Unterwegs



Die SPD-Abgeordneten aus dem Ruhrgebiet trafen sich mit Martin Schulz.



Mieterinnen und Mieter von Wohnungen der Vonovia in Witten hatten mich eingeladen. Sie fürchten, dass sie nach der geplanten Modernisierung die Mieten nicht mehr zahlen können.



Im „Fachwerk“ in Hattingen gab es leckeren Gänsebraten. Familie Fandrey aus Witten ist einer von drei Gewinnern meines Preisausschreibens aus der Wahlkampfzeit. Es ging darum, Wahrzeichen aus dem Wahlkreis erraten.



Lucas Kemna (19) aus Sprockhövel röstet leidenschaftlich Kaffee und verkauft ihn in seinem eigenen Geschäft – Lulus Coffee Factory.



Zum Vorlesestag war ich dieses Jahr mit "Die Kurzhosen-Gang" in der Hugo-Knauer-Grundschule in Herdecke (I.) und mit "Findefuchs" beim Verein Lernimpuls Witten. Das hat wieder richtig Spaß gemacht.



KAPSCHACK DIREKT

KONTAKT BERLIN

PLATZ DER REPUBLIK 1

11011 BERLIN

TELEFON:

030 227 -75601 /-75602

KONTAKT WAHLKRE

ANNENSTR. 8

58453 WITTEN

TELEFON:

02302/2779444

BAHNHOFSTR. 24

45525 HATTINGEN

TELEFON :

02324/501690

E-MAIL:

RALF.KAPSCHACK@BUNDESTAG.DE

ONLINE:

WWW.RALF-KAPSCHACK.DE

FACEBOOK.COM/ESGEHTUMGERECHTIGKEIT

Bürgersprechstunde

am 05. Dezember 2017

um 16.00 – 18.00 Uhr

in Witten

und

am 06. Dezember 2017

um 16.00 – 18.00 Uhr

in Hattingen

Um Voranmeldung wird gebeten.

Alle Kontaktdaten finden Sie auf dieser Seite.

Ich freue mich auf das Gespräch!

